

Denn – und es ist ein unbestreitbarer Verdienst der Konferenz, daß darüber *umfangreiches Zahlenmaterial* veröffentlicht wurde – die zunehmende Vergreisung, ein Grundphänomen in Industriegesellschaften, wird spätestens in 40 Jahren auch die Entwicklungsländer eingeholt haben. Schon im Jahr 2025 soll sich die Gruppe der über 60jährigen weltweit auf 1,12 Milliarden Menschen erhöht haben – 1950 waren es nur 215 Millionen. Das ist eine Verfünffachung der Alten bei einer Verdreifachung der Weltbevölkerung binnen 75 Jahren, und die Länder der Dritten Welt werden diese Entwicklung besonders heftig spüren. Von derzeit 120 Millionen soll die Zahl der über 60jährigen bei ihnen auf 800 Millionen steigen. Fast *drei Viertel der alten Menschen* werden dann *in den heutigen Entwicklungsländern* leben und überwiegend werden es auch dort *Frauen* sein. Während es gegenwärtig in den Entwicklungsländern noch ebenso viele alte Männer wie alte Frauen gibt, wird die importierte Hochzivilisation schon bald dazu führen, daß auf je 100 Frauen nur noch 74 Männer kommen. Dank der verbesserten medizinischen und hygienischen Bedingungen wird die heute insgesamt bei 47 Jahren liegende durchschnittliche Lebenserwartung auf 70 Jahre ansteigen.

Die Wissenschaftler gaben sich in Wien einige Mühe, den Politikern, Regierungsfunktionären und der Öffentlichkeit das „Zeitalter der Alternenden“ begreiflich zu machen. Zunächst einmal haben sie mit der Illusion aufgeräumt, daß es sich hier um eine Zukunftspjektion in ein anderes Jahrtausend handle: „Die 60jährigen des Jahres 2025 sind heute bereits 22 Jahre alt“ rechnete ein Wissenschaftler vor, „auch die 80jährigen des Jahres 2025 leben bereits alle und die Alten des Jahres 2000 – das sind wir.“

Mit gravierenden Änderungen ist auch in der *Verteilung* der alten Menschen zwischen *ländlichen Gebieten und städtischen Siedlungsräumen* zu rechnen. In den Industrieländern leben schon jetzt etwa zwei Drittel der Alten in Städten. Zur Jahrtausendwende dürfte der Anteil auf drei Viertel gestiegen sein. In den Entwicklungsländern dagegen

läßt die Abwanderung der jungen Familien zur Arbeitssuche in die Städte die Alten auf dem Lande zurück. In einem Vierteljahrhundert aber wird eben dieser Wanderung wegen auch in der Dritten Welt die *Mehrheit der Alten Städter* sein, ohne die Beschäftigungs- und Ernährungsmöglichkeiten, welche die Landwirtschaft den Alten derzeit auch unter ungünstigsten Verhältnissen noch immer bietet. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) nimmt an, daß im Jahre 2000 weltweit nur etwa 23% der Männer und 6% der Frauen im Pensionsalter tatsächlich Pensionen beziehen werden. Deren wünschbares Minimum von 65% des aktiven Einkommens wird derzeit aber nicht einmal in allen Industrieländern erreicht.

Das Zeitalter des Alterns wird aber auch dramatische Änderungen der „*Abhängigkeitsrate*“ zur Folge haben. Im Jahre 1950 waren noch 19 alte Menschen im Alter von über 60 und 45 Kinder unter 15 Jahre auf 100 Erwachsene zwischen 15 und 59 Jahren geschätzt worden. Bis 2025 wird sich dieses Verhältnis auf 40 alte Menschen und 35 Kinder für 100 Erwachsene verschieben und die Zahl der wirtschaftlich nicht mehr aktiven Menschen von über 55 Jahren könnte laut ILO im Jahre 2025 217 Millionen bzw. 38 für 100 Beschäftigte erreichen, zweimal so viel wie 1950. In Österreich besteht schon jetzt ein Verhältnis von 1:2 zwischen Pensionierten und Aktiven, ein Ergebnis, das die USA erst im Jahr 2025 erreichen dürften. Inwieweit aber solche langfristi-

gen Prognosen überhaupt einen Anspruch auf Gültigkeit erheben können und ob es nicht unmöglich ist, tatsächlich alle denkbaren Variablen mit einzubeziehen, diese Fragen stellte man sich auf der Wiener Konferenz kaum. Der Entwicklungsprozeß verwandelt also ehemals nützliche, angesehene und selbständige Mitglieder der Gesellschaft nur allzu leicht in eine Bürde für ihre Familien oder das Staatswesen. Die UNO-Weltversammlung über das Altern wollte den Teilnehmern und den Verantwortlichen vor allem deutlich machen, daß es für die alten Menschen eine Alternative gibt, nämlich: auch im Alter *aktiv zu bleiben*, was – insbesondere in den Industrieländern – auch eine *Änderung der Renten- und Pensionssysteme* zur Voraussetzung hätte. Diese und die ihnen eigene Verpflichtung, in einem bestimmten Alter in Pension zu gehen, sind über 100 Jahre alt und auf längst *überholte Verhältnisse* in bezug auf den Gesundheitszustand alter Menschen ausgerichtet. Sie müßten auf den Umstand hin geändert werden, daß es unter den über 60jährigen nun eben „junge Alte“ und „alte Alte“, denen es schwer fällt, für sich selbst zu sorgen, gibt. Jenen also die Weiterbeschäftigung nach Wunsch und Fähigkeiten durch zwangsweise Pensionierung zu verweigern, wäre eine unbillige Diskriminierung. Aber es dürfte schwierig werden, für arbeitswillige und -fähige alte Menschen angesichts der weltweit zunehmenden Verknappung von Arbeitsmöglichkeiten überhaupt sinnvolle Betätigungen zu finden. C. S.

Brasilien: die Stadt als „Schauplatz des Elends“

Die vor allem als Folge der Landflucht überquellenden Großstädte in den Ländern der Dritten Welt haben sich in wenigen Jahren zu einem bedrückenden sozialen Problem entwickelt, vor dem die politisch Verantwortlichen noch die Augen schließen oder ihre Ohnmacht bekennen; übergreifende strukturelle Lösungen zeichnen sich nirgendwo ab. Ein Beispiel für das unkontrollierte Bevölkerungswach-

tum in den städtischen Ballungszentren des lateinamerikanischen Subkontinents ist Mexiko-City, das im Jahr 2000 voraussichtlich 30 Millionen Einwohner haben wird. In jüngster Zeit ist in einigen Ländern ein rasches Anschwellen auch der Städte mittlerer Größe zu beobachten. Die absehbaren sozialen Folgen dieses überstürzten Verstädterungsprozesses haben die brasilianische Bischofskonferenz be-

wogen, nach umfangreichen regionalen Vorarbeiten und unter Mitwirkung von Experten eine Denkschrift über die „*Problematik von Grund und Boden in der Stadt*“ zu veröffentlichen. Sie schließt inhaltlich an das 1980 herausgegebene Dokument über die Situation der Landbevölkerung an (vgl. HK, April 1980, 171–176) und ist wie dieses ein Versuch, die Lebensbedingungen des brasilianischen Volkes im Licht der kirchlichen Soziallehre zu analysieren.

Das Dokument geht in seinem pastoralen Ansatz über den brasilianischen Gesichtskreis hinaus und verdient daher auch die Beachtung anderer Ortskirchen der Entwicklungsländer. Dies gilt um so mehr, als der lebendigen und selbstbewußt auftretenden brasilianischen Kirche von europäischen und lateinamerikanischen kirchlichen Kreisen offenbar mit einem gewissen Argwohn begegnet wird. *Methodisch* folgt die Denkschrift der zahlreichen Dokumenten der lateinamerikanischen Kirche zugrundeliegenden Formel: Sehen („die Situation von Grund und Boden in den brasilianischen Städten“), Urteilen („Elemente ethisch-theologischer Reflexion“) und Handeln („Anregungen für die konkrete Wirklichkeit“).

Heute leben bereits 67 Prozent aller Brasilianer in der Stadt (1940 waren es 31 Prozent). Von diesen 80 Millionen Brasilianern wohnt die Hälfte in den 13 Millionenstädten, davon allein 13 Millionen in Groß-São Paulo und 9 Millionen in der Stadtregion Rio de Janeiro. Die hohe Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung setzt sich aus dem Geburtenüberschuß, dem Zuzug aus ländlichen Gebieten und Eingemeindungen zusammen und lag in den siebziger Jahren bei jährlich drei Millionen. Die mit dem ungezügelter Tempo der Verstädterung wachsende Wohnungsnot wird erheblich verschärft durch eine *Immobilienpekulation* kaum vorstellbaren Ausmaßes, auf die der brasilianische Episkopat ausführlich eingeht. Hinter dem trostlosen Anblick zahlloser brachliegender Grundstücke, wie er sich in allen Großstädten bietet, verbirgt sich einer der einträglichsten Geschäftszweige der brasilianischen Wirtschaft.

Nach offiziellen Angaben hat die Akkumulation von Grundstücken zu Spekulationszwecken in den Metropolen durchschnittlich ein Drittel des bebaubaren Bodens erreicht. Das Grundbuchamt von São Paulo gibt sogar 47 Prozent für das Stadtgebiet an (COGEP 1977). In Rio de Janeiro lagen 1978 900 000 Grundstücke brach.

Seit den sechziger Jahren ist der mittlere Grundstückspreis nach Abzug der Inflationsrate um das Dreifache gestiegen. Am höchsten ist die Konzentration städtischen Grundbesitzes im unterentwickelten *Nordosten Brasiliens*. Wo diese Grundstücke erschlossen und bebaut wurden, sind die Mieten kaum erschwinglich. Sozialmieter müssen sich über Jahrzehnte hoch verschulden und werden in vielen Fällen mit üblen Tricks aus den Wohnungen vertrieben (vgl. dazu Brasilien-Informationen 1/82, Institut für Brasilienkunde, Mettingen). Die 1964 gegründete Nationalbank für Wohnungsbau, die damals hohe Hoffnungen weckte, weist in ihrem Jahresbericht 1981 aus, daß 55 Prozent der Mittel, die für den Bau von „Volkshäusern“ vorgesehen waren, in andere Bereiche der Wirtschaft umgeleitet wurden. Die Bischofskonferenz schätzt, daß aus den unteren Schichten nur jeder zweite die Miete oder Rate für öffentlich finanzierte einfache Unterkünfte aufbringen kann. So tragen die zudem stetig steigenden Mieten zur *Proletarisierung der unteren Mittelschicht* bei.

Nach dem bischöflichen Papier zugrunde liegenden statistischen Angaben staatlicher Stellen zur Bevölkerungsdichte in den Stadtgebieten steigt der Prozentsatz der *Favela-Bewohner* sprunghaft an. Im Jahre 1950 lebten in den Elendsvierteln von Rio de Janeiro sieben Prozent der Bevölkerung. Zwischen 1950 und 1980 wuchs die Gesamtbevölkerung von Rio auf das Doppelte, während die Zahl der Favela-Bewohner im selben Zeitraum beinahe auf das Zehnfache anstieg. 1950 lebte jeder 14. Einwohner von Rio in einer Favela, heute ist es jeder dritte – in absoluten Zahlen fast 2 Millionen Menschen. Die Favelas beanspruchen zusammengenommen keine 10 Prozent des städtischen Bodens.

Neue Elendsviertel entstehen durch die sogenannten *Invasionen*, Besetzungen eines städtischen Areals über Nacht durch Hunderte, manchmal Tausende von Menschen. In Salvador da Bahia existieren mindestens 150 solch „geglückter“ Invasionen. Die Stadträte kapitulieren vor der Anzahl und der Ausdehnung dieser wilden Siedlungen und ordnen dann und wann eine Vertreibung an. In allerletzter Zeit, so vermerken die Bischöfe jedoch dankbar, hätten in einigen Städten erste Maßnahmen zu einer spürbaren Verbesserung etwa der Trinkwasserversorgung geführt.

Zu den *politischen und wirtschaftlichen Ursachen* des Großstadtelends zählen die brasilianischen Bischöfe generell die ungerechte Einkommensverteilung, darunter die Bodenspekulation als augenfälliges Beispiel für die Bereicherung weniger auf Kosten vieler, und eine verfehlte Agrarpolitik, die seit Jahren Monokulturen für den Export fördert, die Kleinbauern arbeitslos macht und in die Städte treibt. Die Wellen der Rezession schwächten zudem das Vertrauen in die nationale Wirtschaft, die geringe Investitionsbereitschaft verhindere die dringend notwendige Schaffung neuer Arbeitsplätze.

In den *sozialethischen Überlegungen* zu einer „christlichen Sicht der Stadt“ nennen die Bischöfe den „wundesten Punkt“ des Verstädterungsproblems: eine „politische Option . . . , die den berechtigten Interessen der Armen zuwiderläuft“. Die „große soziale Sünde der Stadt“ sei die schlechte Verwendung von Grund und Boden; diese Sünde sei nicht nur anzuklagen, sondern im Licht des Evangeliums auszumerzen. Eine solche pastorale Aufgabe entspreche auch der in Puebla festgeschriebenen Erkenntnis der lateinamerikanischen Kirche, daß das Engagement für den ganzen Menschen integrierender Bestandteil ihres Evangelisierungsauftrags ist. „Niemand soll sich darin täuschen, daß alle dringend an der Humanisierung der Stadt mitwirken müssen. Der rasche Verstädterungsprozeß bringt eine Ladung von Konflikten in die Stadt, die die Dimensionen einer Konfrontation

zwischen den vielen annehmen kann, die kaum etwas zu verlieren, und den wenigen, die alles zu verlieren haben“, warnen die Bischöfe. Sie fordern eine Reform des Bodenrechts, ohne die der von sozialem Unrecht gezeichnete Konflikt nicht zu überwinden sei: „Reformen werden von dem Augenblick an *juristisch* möglich, in dem man sich dessen bewußt wird, daß sie *sozial* notwendig sind. Wer sich der Arbeit an diesen Reformen, die zu einer umfassenden Veränderung der Gesellschaft führen können, verweigert, radikalisiert in Wirklichkeit den Veränderungsprozeß.“

Da eine prinzipiell wünschenswerte totale Neuformulierung überkommener Städteplanungsmodelle ein Fernziel sei, das schon wegen der Investitionskosten zum jetzigen Zeitpunkt unrealisierbar sei, regen die Bischöfe *kurzfristige Maßnahmen* an, wie zum Beispiel eine Regelung in den besetzten Stadtgebieten, die den Bewohnern den Grund und Boden überläßt und ihnen auf der Grundlage von Eigenbau und Nachbarschaftshilfe zu einer menschenwürdigen Behausung ver-

hilft; die Bereitstellung von Bauland, das bereits über die notwendige Infrastruktur verfügt, und die Novellierung der Steuergesetze „mit dem Ziel, daß städtischer Grund und Boden eine soziale Bestimmung erfährt“: „Die Nutzung des Bodens darf keinesfalls den Launen des Marktes überlassen werden.“ Großen Wert legen die Bischöfe auf die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an allen Urbanisierungsmaßnahmen. Gerade die Armen hätten ein bewunderswertes Maß an schöpferischer Kraft, Kampf- und Leidensfähigkeit bewiesen, um aus dem Nichts immerhin ihre armseligen Hütten zu errichten: „Wenn die Armenviertel aus eigener Kraft und mit solch geringen Mitteln derartiges leisten, wozu sind sie dann wohl imstande, wenn ihnen die Mitarbeit und die Hilfe zuteil würde, die sie fordern?“

An die eigene Adresse, kirchliche Stellen und alle Katholiken, richten die Bischöfe die Bitte, mehr als bisher alle Initiativen zu unterstützen, in denen sich das Volk artikuliert und organisiert, wie zum Beispiel die *„Bewegung zur Verteidigung der Bewohner von*

Elendsvierteln“. Der Rechtsbeistand für die armen Siedler soll auf weitere Städte ausgedehnt werden; dabei müsse vor allem jene Art von „Mystifizierung“ entlarvt werden, die den gerechten Kampf der armen Bevölkerung um ein Stück Grund und Boden mit Subversion gleichsetze. Es gelte, alle Kräfte einzusetzen, um das Gewissen der Brasilianer für die Schwere des Problems wachzurütteln. Was das eigene Zeugnis angehe, gestehe die Kirche ein, daß sie noch einen weiten Weg vor sich habe.

Den Kommunalpolitikern und Städtebau-Experten mag manche grundlegende Forderung der Bischöfe utopisch erscheinen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß ihr Dokument auch realisierbare Anregungen enthält. Der Wert dieser bischöflichen Denkschrift liegt nicht zuletzt darin, daß eine der großen Ortskirchen der Dritten Welt erneut die Bereitschaft bekundet, Verantwortung für das Leben ihres Volkes zu übernehmen, insbesondere an den „Schauplätzen des Elends“, wie sie sich in jeder brasilianischen Großstadt darbieten. G. B.

Entwicklungen

Neue Akzente nach langer Zurückhaltung?

Stimmen aus der katholischen Kirche in der DDR zu Frieden und Abrüstung

„Die Friedensfrage muß zum Thema eines verbindlichen öffentlichen Gesprächs auf allen Ebenen der katholischen Kirche in der DDR werden. Was katholische Christen in dieser Sache denken, fühlen, glauben und hoffen, müssen sie auch in ihrer Kirche zur Sprache bringen können.“ Diese thesenartigen Forderungen enthält eine „Stellungnahme zum Friedenszeugnis der Kirche in der DDR“, die der „Aktionskreis Halle“ (AKH), Ende Mai erarbeitet und einem größeren Kreis von Empfängern in der DDR wie in der Bundesrepublik zugeleitet hat. Die Bedeutung des Kreises, der sich Ende der 60er Jahre aus Priestern und Laien hauptsächlich im sächsischen Raum gebildet und der seither von Zeit zu Zeit eine gewisse, auch publizistische Aktivität entwickelt hat, ist umstritten. Die Bischöfe und mit ihnen gewiß auch ein nicht unwesentlicher Teil der katholischen Intelligenz in der DDR stehen ihm eher kritisch gegenüber. Man wirft seinen Mitgliedern eine

nicht ungefährliche Unbekümmertheit im Umgang mit den politisch-gesellschaftlichen Realitäten und zugleich Mangel an Solidarität mit der Kirchenführung vor, deren Position durch die kritische Distanz zur kirchenpolitischen Linie des Episkopats geschwächt werde.

Eine brennend aktuelle Frage

Dennoch kann schwerlich übersehen werden, daß die knapp fünfseitige Stellungnahme des Kreises zum Thema Frieden eine zur Zeit auch in der DDR brennend aktuelle Frage aufgegriffen und in ihren spezifischen Bezügen zur katholischen Kirche zu beantworten versucht hat. „Kritisch müssen wir feststellen, daß wir selber und mit uns die ganze katholische Kirche in der DDR hinter der Forderung, Frieden als etwas Wichtiges, ja das Wichtigste zu